

RABATTVERTRÄGE

Apotheker verweisen auf Alternativen



Foto: Fotolia/Mueller

Nach Angaben der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) haben mittlerweile 193 von 242 Krankenkassen Rabattverträge abgeschlossen. Beteiligt sind 41 von 60 Generikaherstellern. Die Verträge umfassen rund 12 000 Medikamente (zum Teil Mehrfachzählung bei verschiedenen Packungsgrößen). ABDA-Präsident Heinz-Günter Wolf beklagte Anfang Mai in Berlin, dass die Umsetzung für die Apotheker einen erheblichen Mehraufwand bedeute.

Ein großes Problem sind die Lieferengpässe vieler Arzneimittelhersteller. Theoretisch dürfen Apotheker nur das Medikament abgeben, das im Rabattvertrag vorgesehen ist. Praktisch weichen sie mit Duldung der Krankenkassen derzeit noch

auf preisgünstige Alternativen aus. Vertreter der ABDA warben in Berlin deshalb für Zielpreisvereinbarungen: Der Apotheker kann im Einzelfall entscheiden, welches Präparat er im Rahmen der Aut-idem-Auswahl abgibt. Er ist aber gegenüber der Krankenkasse verpflichtet, im Durchschnitt einen vorab definierten Zielpreis einzuhalten.

Erstmals steht ein entsprechender dreiseitiger Vertrag zwischen den Krankenkassen, dem Landesapothekerverband und der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) in Rheinland-Pfalz kurz vor der Unterschrift. Er bezieht sich auf die sechs Wirkstoffgruppen und ihre Leitsubstanzen, die zwischen Krankenkassen und KBV festgelegt wurden. Ähnliche Verhandlungen führen derzeit die KV Schleswig-Holstein sowie die KV Nordrhein. „Durch weniger Bürokratie kann sich der Arzt auf die Behandlung konzentrieren“, betonte Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstandsvorsitzender der KV Rheinland-Pfalz, denn die Verordnungen nach definierten Tagesdosen entfielen. Gleichzeitig übernehme der Apotheker die wirtschaftliche Verantwortung, indem er preisgünstige Arzneimittel abgebe. **Rie**

RANDNOTIZ

Sabine Rieser

Vor der Bundespressekonferenz parken die schwarzen Limousinen. Damit Ulla Schmidt und Horst Seehofer nur wenige Schritte gehen müssen, bis sie den Hauptstadtjournalisten Rede und Antwort stehen, und nicht 3 000. Tja, die Vereinbarkeit von Beruf und Bewegung . . .

Die Ministerin für Gesundheit und der Minister für Verbraucherschutz stellen eine aus ihrer Sicht runde Sache vor: Das Eckpunktepapier

Dick, aber nicht doof

„Gesunde Ernährung und Bewegung“. Der Inhalt in Kürze: Die Deutschen sind zu dick und bewegen sich zu wenig. Besonders besorgniserregend ist das bei Kindern und Jugendlichen. Daran soll sich in Abstimmung mit den Bundesländern einiges ändern, durch Informationen und Angebote, von der Schulmilch-Kampagne bis zum reizvollen Radwege-Konzept.

Ein empfehlenswertes Menü? „Unsere Erfahrungen zeigen, dass es den Leuten nicht an Aufklärung mangelt“, betont die Leiterin Gesundheitsmanagement der Techniker Krankenkasse. Einer Umfrage zufolge weiß fast jeder, worauf es ankommt. Aber das wird im Alltag ignoriert. Das gilt auch für den Nachwuchs. Schulkinder sind beeindruckt, wenn die Lehrerin demonstriert, wie viele Würfelzuckerstücke in einer Flasche Limonade stecken. Das süße Getränk schmeckt ihnen trotzdem noch.

Als Gegenmaßnahme wirken wohl nur beharrlich angebotene, gut verdauliche Aktionen für jeden Geschmack. Das Problem der zu dicken Deutschen lässt sich bis auf Weiteres nicht mal eben schnell von oben herab lösen. Warum, das hat unlängst die „Zeit“ lapidar zusammengefasst: „Übergewicht und Adipositas sind die Kehrseite von Wohlstand und Wirtschaftswachstum.“

WITTEN/HERDECKE

Verhandlungen mit neuen Investoren laufen

Auf der Suche nach neuen Geldgebern steht die private Universität Witten/Herdecke in Verhandlungen mit der Stiftung Rehabilitation Heidelberg (SRH). Die SRH-Holding, die unter anderem Krankenhäuser, Rehakliniken und Fachhochschulen betreibt, soll Gesellschafter der Wittener Hochschule werden. Im Gespräch ist Medienberichten zufolge eine Investitionssumme von 13 Millionen Euro über fünf Jahre.

„Im Moment ist der Stand der Verhandlungen: Sie laufen“, sagte Universitätssprecher Dirk Hans auf Anfrage. Er hofft aber



Foto: ddp

Private Hochschule: Geschäftsmodell im Umbruch

auf eine Einigung im Mai. Zugleich bestätigte er, es gebe sehr intensive Gespräche mit weiteren Unternehmen. Die Universität sei an Gesellschaftern interessiert, die sich finanziell stärker engagieren als bislang üblich. Das Geschäftsmodell der privaten Hochschule sei im Umbruch. Die Universität Witten/Herdecke hat Hans zufolge das vergangene Jahr mit einem Defizit „im niedrigen einstelligen Millionenbereich“ abgeschlossen. Das Land Nordrhein-Westfalen wird 2007 einen Zuschuss von 4,5 Millionen Euro leisten. **BH**